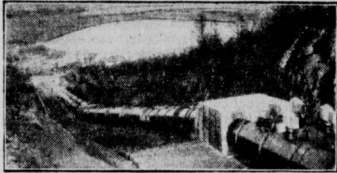


Volks-Zeitung



Moder-wertha, das grösste Kraft-speicher-werk der Welt

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
 BERLIN
 HETER, WEMIG WIND
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Auch eng-lische Studenten werden zum Mi-litär-dienst mis-s-brucht

Reichstags-sitzung vertagt - Beamtenbank-Vergleich - Bleibt Kroll-Oper?

Kabinetttardieu gestürzt!

Bei einer Abstimmung in der Kammer / Die Regierung mit fünf Stimmen in der Minderheit geblieben

PARIS, 17. Februar.

Das Kabinetttardieu ist heute abend gegen 20 Uhr durch ein Kammervotum gestürzt worden. Bei der Beratung des Einnahmenbudgets stellte der Finanzminister Chéron den Antrag, den Artikel 3e, der eine Herabsetzung der Steuer auf Geschäftsgewinne um 20 Prozent vorsah, abzulehnen. Die Finanzkommission sprach sich gegen die Abtrennung dieses Artikels aus, worauf Chéron die Vertrauensfrage für die Annahme seines Antrags stellte. Bei der namentlichen Abstimmung ergaben sich gegen die Regierung 286 Stimmen, für die Regierung nur 281 Stimmen.

PARIS, 17. Februar.

Die Regierung Tardieu ist heute in der Kammer bei der Beratung des Einnahmenbudgets gestürzt worden. Die Sitzung stand unter einem unglücklichen Zeichen, da nicht der geschickte Kammerpräsident Bouisson, sondern der Vizepräsident Bouillan-Lafont den Vorsitz führte und der Ministerpräsident Tardieu durch seine Erkrankung verhindert war, in der Kammer zu erscheinen.

Der Finanzminister Chéron hatte also allein den Kampf zu führen und es zeigte sich bald, dass die Stimmung gegen ihn war. Schon bei Artikel 2 musste Chéron die Vertrauensfrage stellen, um die Annahme eines Antrags der Finanzkommission zu verhindern. Diesmal blieb die Regierung mit einer Mehrheit von 20 Stimmen siegreich. Als aber in der späteren Beratung beim Artikel 3, Absatz III der Finanzminister noch einmal die Vertrauensfrage gestellt hatte, obwohl er vorher erklärt hatte, er wolle aus der Debatte keine politischen Folgerungen ziehen, erhielt die Opposition eine Verstärkung. Der Artikel 3 betrifft die Besteuerung der Kaufleute und Industriellen, die eine grosse Belastung darstellt. Es wurde wieder die Auszählung der Stimmen notwendig und diesmal ergab sich, dass

286 Deputierte für den Antrag der Finanzkommission und 281 für die Regierung gestimmt haben. Die Regierung blieb also mit fünf Stimmen in der Minderheit.

Die Sitzung der Kammer wurde auf ein späteres Datum vertagt.

PARIS, 17. Februar.

Der Sturz der Regierung Tardieu ist nicht so überraschend gekommen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Opposition gegen die Finanzpolitik der Regierung oder genauer gesagt, gegen die Finanzpolitik des Ministers Chéron war in der letzten Zeit immer grösser geworden, und hatte sich allmählich auch auf einen Teil der Regierungsmehrheit ausgedehnt, wie aus dem Votum hervorgeht, durch das die Regierung zu Fall gebracht worden ist.

Denn der Mehrheit von 286 Stimmen gehören ausser den Kommunisten, Sozialisten, republikanischen Sozialisten und den Sozialistisch-Radikalen zahlreiche Mitglieder der radikalen Linken und anderer noch weiter rechts stehender Parteien an.

Die genauen Zahlen der Stimmenverteilung sind bis jetzt noch nicht bekannt. In welchem Masse die Opposition ihres Sieges sicher war, beweist u. a. ein Artikel in der sozialistisch-radikalen Abendzeitung „Soir“, der einige Stunden vor dem Sturz des Kabinetts erschienen ist. In diesem Artikel heisst es:

„Die Tage des Ministerium sind gezählt. Seine Mehrheit fällt immer mehr auseinander. Sie wird bei der Budgetdebatte nur schlechten Widerstand leisten und wird nur noch eine Erinnerung sein, wenn die Kammer die grossen internationalen Fragen beraten wird. Der scharfe Geist Tardieus hätte diese Schwierigkeiten wohl erkannt. Der Ministerpräsident hoffte, dass die Ausschaffung des Finanzministers eine Umbildung des Kabinetts erlauben würde. Der Ministerpräsident muss seine

Hoffnung aufgeben. Die Radikalen wollen nicht mit ihm marschieren. Chautemps hat dies dem Kabinetttardieu in seiner gestrigen Rede deutlich gesagt. „Wir befinden uns“, hat er erklärt, „einer Regierung der Reaktion gegenüber. Einer solchen Regierung gegenüber ist die Pflicht der Radikalen sehr einfach: Ein Kampf ohne Gnade.“

Das Demissionsschreiben überreicht

PARIS, 17. Februar.

Finanzminister Chéron und Kriegsminister Magisot haben den Ministerpräsidenten Tardieu über die Ereignisse, die sich heute abend in der Kammer abspielten, unterrichtet, während sämtliche in Paris anwesenden übrigen Minister in einem Nebenzimmer warteten.

Ministerpräsident Tardieu verlasste das Demissionsschreiben, und gegen 1:10 Uhr französischer Zeit begaben sich sämtliche in Paris anwesenden Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, der das Bett hüten muss, und mit Ausnahme des in London weilenden Marineministers Leygues und des in Genf weilenden Handelsministers Flandin ins Elysée, wo sie dem Präsidenten der Republik das Demissionsschreiben des gesamten Kabinetts überreichten.

Soweit es sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten übersehen lässt, handelt es sich bei der Abstimmung, durch die der Sturz des Kabinetts Tardieu herbeigeführt wurde, um keine Zufallsmehrheit. Ob die Kammer dabei der Gesamtpolitik des Kabinetts Tardieu, der ja bekanntlich krankheitshalber das Bett hüten muss, ihr Misstrauen aussprechen wollte, oder ob die äusserst knappe Kammermehrheit nur in dieser Frage mit der Regierung differierte, wird sich erst nach näheren Meldungen sagen lassen. Jedenfalls war der Regierung Tardieus, des „kommenden Mannes“, der solange warten musste, bis er die Ministerpräsidentenschaft erreichte, kein langes Leben beschieden: am 3. November vorigen Jahres gebildet, hat sie nur ein Alter von genau 3½ Monate erreicht.

Reichstags-Sitzung verschoben

Noch keine Einigung der Parteien - Abends Kabinetts-Sitzung

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags, Abg. Heilmann (Soz.), unterbreitete am Montag abend dem Reichstagspräsidenten (Loz) den Wunsch der die Young-Gesetze beratenden vereinigten Ausschüsse, ihnen noch einige Tage Zeit zu lassen und die nächste Reichstags-sitzung noch nicht am Mittwoch stattfinden zu lassen. Präsident Loz entschloss sich daraufhin, die Plenarsitzung für Mittwoch abzusagen. Am Dienstag vormittag wird der Aussenrat des Reichstags über einen neuen Termin für die nächste Vollversammlung des Reichstags Beschluss fassen. In Betracht kommt der nächste Freitag oder gar erst der Montag der nächsten Woche.

Der Ausschuss führte die Besprechung über die Fragen Moratorium und Schutzklausel noch nicht zu Ende. Die vertrauliche Aussprache über diesen Fragenkomplex wird daher heute fortgesetzt. Ein erneuter deutschnationaler Antrag auf Hinzuziehung des Reichspräsidenten Schacht wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die gestrige Besprechung der finanzpolitischen Sachverständigen der Regierungspartei im Reichstag war nur von kurzer Dauer. Der Finanzminister berichtete über die Parteiführern lediglich über seine Verhandlungen mit den Finanzministern der deutschen Länder. Man einigte sich darauf, dass am Dienstag mittag die gestern abgesetzte Besprechung der sozialdemokratischen Sachverständigen der Parteien stattfinden soll. Abends sollen dann die Verhandlungen der Finanzpolitiker fortgesetzt werden.

In den Abendstunden fand eine Kabinettsitzung statt, die sich bis in die Nacht erstreckte und der Fortführung der vor-

einigen Tagen unterbrochenen Etatsberatungen in Verbindung mit den Sanierungsvorschlägen des Finanzministers galt.

Es wäre wohl an der Zeit, den Parteien allmählich nahezuzeigen, die Arbeit etwas zu beschleunigen. Ursprünglich sollte am 20. Februar die Ratifikation des Haager Abkommens erfolgen. Daran ist nicht mehr zu denken. Immerhin dürfte es sich nicht empfehlen, diesen Termin allzuweit hinauszuzögern. Auch hier gilt: dass die Aussenpolitik den Vorrang hat. Das Zentrum, das auf der Einigung über die Finanzfragen besteht, ehe es die Annahme der Young-Gesetze mitmachen will, müsste sich dieses Grundsatzes auch wieder erinnern.

Tagung des Handwerks

Der Reichsverband des deutschen Handwerks, der in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, hält heute und morgen seine Jubiläumstagung in Berlin ab. Auf der Tagung werden alle aktuellen Fragen des deutschen Handwerks behandelt werden; der Vorsitzende des Verbandes wird einen Vortrag über „Zehn Jahre deutsches Handwerk und Reichsverband“ halten. Zu diesem Kongress, dessen Sitzungen im Reichswirtschaftsrat stattfinden, haben sich allein von auswärts vierhundert Delegierte angesetzt.

Der deutsche Gesandte in Belgrad schwer erkrankt

BELGRAD, 17. Februar.

Der deutsche Gesandte Dr. Köster ist plötzlich an Blinddarmentzündung erkrankt, die gestern abend einen operativen Eingriff notwendig machte. Eine allgemeine Blutvergiftung, die als Folge der vorgeschrittenen brandigen Blinddarmentzündung eintrat, und eine Herzschwäche lassen den Zustand Dr. Kösters sogar als überaus bedenklich erscheinen.

Schnelldienst

Der Herausgeber der Deutschen medizinischen Wochenschrift, Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Julius Schwabe, ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Der ägyptische Gesandte in Berlin, Dr. Hassan Nabaat Pascha, ist zu einem zehntägigen Aufenthalt in Hamburg eingetroffen.

Der ungarische Minister für Kultur und Unterricht, Dr. Kana Graf Kibelsberg, ist in Wien zu einem mehrtägigen Besuch eingetroffen.

Auf Grund der abgehaltenen Besprechungen zur Beilegung der Streiks in der Bielefelder Textilindustrie haben vier Prozent der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Wahlen zu den Kommunalvertretungen in Bulgarien führten zu einer Reihe von Zwischenfällen, bei denen zwei Propagandisten der Regierungspartei, ein Gendarm, ein Steuerbeamter und ein Agitator der Agrarpartei getötet wurden.

Zollfriedens-Konferenz eröffnet

Der Auftakt in Genf / Heute spricht Minister Schmidt

GENEVE, 17. Februar.
Heute vormittag um 11 Uhr begann unter dem Vorsitz des früheren dänischen Außenministers Graf Moltke die internationale Zollfriedenskonferenz, deren Aufgabe zunächst darin besteht, den Abschluss eines mehrjährigen Zollwaffenstillstandes zu untersuchen und dann ein Programm für weitere Verhandlungen über die Erleichterungen des internationalen, das heißt des europäischen Wirtschaftsverkehrs auszuarbeiten.

Die Konferenz trägt im Hinblick auf das zu behandelnde Problem hauptsächlich europäischen Charakter. Es ist die wichtigste Tagung dieser Art seit der Weltwirtschaftskonferenz, und es ist die erste große Konferenz, auf der die Wirtschaftsprobleme durch die verantwortlichen Vertreter der Regierungen selbst behandelt werden.

Eine Reihe von Staaten haben ihre Handels- und Wirtschaftsminister entsandt, Belgien seinen Außenminister.

Der deutschen Delegation gehören zwei aktive Reichsminister, Schmidt und Dietrich, und der ehemalige Reichsminister Hilferding an. Ferner Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Ministerialdirektor Posse.

Die Generaldebatte auf der Zollfriedenskonferenz wurde durch den ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Hainisch eröffnet. Er hob hervor, dass der Gedanke des Zollfriedens ein starkes Echo bei der Regierung und den Wirtschaftskreisen Österreichs gefunden habe, denn das neue Österreich habe seit Beginn des neuen Staates vor dem Problem der Erleichterung seiner auswärtigen Handelsbeziehungen gestanden. In ähnlichem Sinne sprach der frühere norwegische Ministerpräsident Lykke. Sodann nahm der belgische Außenminister Hymans das Wort zu Ausführungen, die besondere Aufmerksamkeit fanden, da er den Gedanken des Zollfriedens zuerst ausgesprochen hatte.

Der Zollfriede sei nicht deren einziges Ziel, sondern es handele sich vor allem um die Aufstellung einer Methode künftiger Verhandlungen über wirtschaftliche Erleichterungen.

Der Redner befasste sich sodann mit den verschiedenen Einwänden gegen den Gedanken eines Zollfriedens und betonte, man dürfe die Bedenken gewisser Produzentenkreise nicht überschätzen. Morgen vormittag sprechen der britische Handelsminister und der deutsche Wirtschaftsminister Robert Schmidt.

Die gestern in Genf in Anwesenheit von mehr als 20 amtierenden Ministern — ein Zeichen, welche Bedeutung man den Verhandlungen beimisst — eröffnete Zollfriedenskonferenz verdankt ihre Entstehung einer Rede des belgischen Völkerbundsdelegierten Hymans auf der letzten Genfer Völkerbundsversammlung. An der damaligen Debatte, in die übrigens auch Stresemann mit grossem Nachdruck eingriff, beteiligte sich vor allem der englische Handelsminister Graham, so dass also diese drei Männer als die eigentlichen Väter der jetzigen Konferenz gelten können.

In weiteren Verlauf der Entwicklung beschäftigte sich dann der zweite Ausschuss des Völkerbundes mit der Frage eines Zollwaffenstillstandes auf zwei bis drei Jahre und die Vollversammlung gab dem Sekretariat und dem Wirtschaftsamt den Auftrag, eine allgemeine Zollabstimmungskonferenz vorzubereiten. Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der den einzelnen Regierungen gleichzeitig mit der Einladung zur Konferenz übersandt wurde. Fast alle europäischen Staaten sind dieser Einladung ge-

folgt; ausserdem sind wichtige aussereuropäische Länder, wie die Vereinigten Staaten, China und Brasilien, durch Beobachter vertreten.

Inzwischen haben sich allerdings die Aussichten auf einen grossen Erfolg der Konferenz nicht übermässig günstig gestaltet. Es ist ja schon beachtend, dass man nicht mehr von dem ursprünglichen Gedanken des „Zollfriedens“ spricht, sondern nur von einem „Zollwaffenstillstand“. Auch die Eröffnungsrede des Konferenzvorsitzenden, des Dänen Graf Moltke, war auf diesen Ton gestimmt, wenn er hervorhob, dass die Konferenz nur die erste Etappe auf dem Wege weiterer Verhandlungen sei. Tatsächlich scheint ja die augenblickliche Situation, nachdem zahlreiche europäische Länder ihre Zölle in letzter Zeit nicht unerheblich erhöht haben, dem Zweck der Konferenz nicht übermässig günstig zu sein. Wenn es also auch nicht gelingen sollte, das ursprüngliche Ziel gleich beim ersten Anlauf zu erreichen, so wird man doch in Genf Gelegenheit haben, gerade durch die Anwesenheit so vieler führender Staatsmänner, einen Gedanken-austausch zu pflegen, der die Grundlagen für eine künftige europäische Wirtschaftseinheit, die ja doch kommen muss, vorbereiten kann. Ausserdem gibt es eine Reihe von Fragen, die doch einer Lösung übergeben werden können. Dazu gehört in erster Linie der Beitritt der noch fehlenden Staaten zu dem Abkommen zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote, und ausserdem besteht ja auch die Möglichkeit zu Zollfriedensschüssen zwischen einzelnen Staaten als Auftakt zur endgültigen Bereinigung.

Sergius weiss von nichts

Alles Schwindel, trompeten die beflissenen Moskauer: keinem Gläubigen wird in Sowjetrußland ein Haar gekrümmt! Beweis? Nun, da habt ihr ein langatmig Interview des griechisch-orthodoxen Metropoliten Sergius, also des obersten Kirchenfürsten. Was steht da drin? Hört und staunt! Hier eine Kostprobe:

„Auf die Frage, ob die Religion in der Sowjetunion wirklich Verfolgungen ausgesetzt sei, antwortete der Metropolitan: „In der Sowjetunion gab es und gibt es keine Religionsverfolgungen. Gemäss dem Dekret über die Trennung von Kirche und Staat ist jedes Glaubensbekenntnis völlig frei und wird von keinem staatlichen Organ verfolgt.“ Frage: „Ist es wahr, dass die Atheisten Kirchen schliessen, und wie stellen sich die Gläubigen dazu?“ Antwort: „Ja, manche Kirchen werden tatsächlich geschlossen, doch wird ihre Schliessung nicht auf Veranlassung der Behörden, sondern auf Wunsch der Bevölkerung und in manchen Fällen sogar auf Beschluss der Gläubigen vorgenommen.“ Frage: „Ist es wahr, dass Priester und Gläubige wegen ihrer religiösen Ueberzeugung Repressalien ausgesetzt sind, verhaftet, verbannt werden usw.“ Antwort: „Von der Sowjetregierung gegen Gläubige und Priester unternommene Repressalien gelangen keineswegs wegen religiöser Ueberzeugungen zur Anwendung, sondern wegen verschiedener religionsfeindlicher Handlungen.“

Diese Melodie der Sanftmut flusst noch stundenlang so weiter. Gibt es nun wirklich irgendwo harmlose Gemeinderäte, die auf so etwas noch hereinfallen? Gibt es noch Leute, die im Ernste daran glauben, dass Sergius die Wahrheit sprechen darf und kann, dass der Bedauernswerte unbelehrt von Jahren seine Unterwerfung unter das Sowjetregime vollzogen, wahrscheinlich um so von der Kirche noch zu retten, was zu retten war. Er ist kein freier Mann mehr. Die Angst diktiert seine Interviews. Ein mitleidiges Lächeln nur können seine Besänftigungspillen auslösen. Die Ausfälle gegen das Papsttum, mit denen das Interview endigt, brauchen uns hier ebenso wenig zu interessieren. Sie gehören zu den üblichen Stänkereien, wie sie auch unter christlichen Konkurrenten nicht auszubilden pflegen, oder aber sie sind dem Metropolitan von den Auftraggebern im Krenel in die Feder diktiert worden.

Hakenkreuze an der Synagoge

Ein völkischer Bubenstreich

In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde die Synagoge Kottbusser Tor von bisher unbekanntem Tätern in einer Weise besudelt, wie dies bisher weder in Berlin noch irgendwo im ganzen Reich der Fall war. Zwanzig Hakenkreuze in Höhe von einem Meter bedeckten die ganze Front der Synagoge und ihre Türren. Ueber die ganze Breite der Fassade erstreckten sich die Worte: „Juda verrecke! Judas den Tod! Die Rache naht!“ Die Empörung über das Bubenstück ist allgemein. Keiner geht vorbei, ohne seiner Entrüstung über die Tat laut Ausdruck zu geben. Es ist zu hoffen, dass die Täter recht bald gefasst werden, nicht nur, um die verdiente Strafe zu empfangen, sondern vor allem, damit aufgeklärt werden kann, welchen politischen Kreisen sie angehören. Allerdings ist ein Zweifel an der Parteizugehörigkeit der Täter kaum möglich. Man weiss, wessen Zeichen das Hakenkreuz ist, und man weiss, dass die drei beschimpfenden Sätze die charakteristischen Kampfrufe der Hitler-Partei sind.

Wieder chinesischer Bürgerkrieg?

SHANGHAI, 17. Februar. (Reuter.)

Die Kriegsvorbereitungen in Nordchina gehen weiter. Die Streitkräfte von Schansi und anderer Gruppen des Nordens marschieren südwärts gegen Tschiangkai-schek. Es soll bereits zu einem Kampf gekommen sein.

Was wird mit der Kroll-Oper?

Kunstpflege im Landtag — Ueberall muss gespart werden

Der Hauptausschuss des preussischen Landtags bereit am Montag den letzten Abschnitt zum Kultushaushalt, der sich mit der Kunstpflege beschäftigt.

Abg. Gräbe (Zentr.) hob als Berichterstatter hervor, dass das Kapitel Kunst einen Staatszuschuss von 23.2 Millionen Mark aufweist. Die Einnahmen sind bei Museen und Schloßern um eine Million geringer veranschlagt als in Wirklichkeit 1928 bereits aufgekomen war. Die Theater sollen 700.000 Mark mehr aufbringen, als 1928 in Wirklichkeit aufgebracht waren. Der Zuschuss von 23.2 Millionen enthält über 70 Prozent für Theater, Museen und Schloßer.

Für die eigentliche freie Kunstpflege verbleiben nur 3,3 Millionen.

Aufgabe der Kunstverwaltung muss es sein, Mittel frei zu machen für die Kunstpflege im ganzen Lande. Die Staatstheater beanspruchen einen Zuschuss von 2,9 Millionen; die Landesbühnen-Organisation erhält 1,2 Millionen für Unterstützung der Theater im ganzen Lande, besonders in den Grenzgebieten. Eine Verdoppelung der Summe würde das Theaterwesen sichern.

Ein Repräsentantentheater (Staatsoper Unter den Linden) genügt. Die Städtische Oper in Charlottenburg könnte die sozialen Aufgaben der Kroll-Oper übernehmen.

Fünf Jahre Preussen-Minister



Dr. Walther Schreiber
der preussische Handelsminister



Dr. Höpker Aschoff
der preussische Finanzminister

Der Staat würde entlastet, ohne dass die Stadt grössere Lasten zu tragen hätte. Der Berichterstatter hielt erhaltene Mittel für notwendig zur Denkmalpflege und der Pflege von Musik und Gesang.

Der Ausschuss beschloss, zunächst allgemeine Fragen und erst im Anschluss daran Theaterfragen zu behandeln.

In der sich anschließenden Debatte forderte Abg. Dr. Böhner (Dem.) forderte im Anschluss an einen Artikel des Generaldirektors der Museen eine stärkere Propaganda für die Museen in Hotels und Bahnen. Nach Abschluss der Neubauten sollten stärkere Mittel für Neuerwerbungen zur Verfügung gestellt werden. Notwendig sei die Vorlegung des Natur-schutzgesetzes, das sich besonders für die Umgebung Berlins als Bedürfnis herausgestellt habe.

In der Nachmittagsitzung sollte die Theaterfrage behandelt werden. Staatssekretär Lammers erklärte, dass die im November 1929 beschlossenen Sparmassnahmen sich erst für den kommenden Haushalt auswirken könnten. Er wies hin auf schwebende interfraktionelle Besprechungen über die Durchführung von Sparmassnahmen, insbesondere über

die Frage des Schicksals der Kroll-Oper.

Mit Rücksicht auf die interfraktionellen Beratungen beschloss der Ausschuss, die Theaterfrage erst später in einigen Abend-sitzungen zu beraten. Anträge, dass die einzelnen Fraktionen schon jetzt noch Fragen stellen könnten, wurden abgelehnt. Damit war die Vorbereitung des Kultushaushaltes bis auf die zurück-gestellte Beratung über die Theaterfragen beendet.

Kein Mut zur eigenen Courage

Die Sachsen-Nazis und ihr Misstrauen

DRESDEN, 17. Februar.

Die sächsischen Nationalsozialisten, die als Folge der Annahme ihres Misstrauensantrages das Zustandekommen der Grossen Koalition fürchten, erklären jetzt ihren Misstrauensantrag unter bestimmten Bedingungen zurückziehen zu wollen. Sie fordern, dass die sächsische Regierung, wenn der Young-Plan und das Republiksteuergesetz zum zweiten Mal durch den Reichsrat gehen sollten, dagegen stimmt oder sich der Stimme enthält. Ferner verlangen sie, dass vor der Besetzung wichtiger höherer Verwaltungsposten die Fraktionen, die die Regierung unterstützen (gemeint sind vor allem die Nationalsozialisten), angehört werden sollen.

Ein ganzer Verein marschiert ab

von Hugenberg

SIEGEN, 17. Februar.

Der Kreisverein Siegen Stadt und Land der Deutschnationalen Volkspartei beschloss auf seiner gestrigen Jahres-versammlung mit grosser Mehrheit den Austritt des Kreis-vereins aus der Deutschnationalen Volkspartei, da man mit der Politik und den Methoden der Parteiführung nicht einverstanden sein könne. Dem Reichstagsabgeordneten Mumm wurde das Vertrauen ausgesprochen. Die Kreisvereine erklärten ihren Anschluss an den Christlich-Sozialen Volksdienst.

Aktenschnüffler beim Stahlhelm

STETTIN, 17. Februar.

Bisher unbekannt Täter sind in die Geschäftsstelle der hiesigen Kreisgruppe des Stahlhelms in der Elisabethstrasse eingedrungen und haben die Akten durchwühlt und mehrere Aktenstücke, darunter Landesverbands-, Kreis- und Bezirksbeehle des Stahlhelms, eine Mappe mit Schrittwechsell über den Ausschluss von Schlang-Schlönigen und eine Mappe mit Geschäftskorrespondenz einer Firma, die in den gleichen Räumen ihre Bureau hat, zerrissen. Ein oft daliegender Geldbetrag blieb unberührt von den Tätern liegen.

